

# Eine europäische Arbeitslosenversicherung wäre eine schlechte Idee



Die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung wäre ein Schritt in die falsche Richtung, argumentieren [Jörg König](#) und [Guido Raddatz](#) in einem [aktuellen Beitrag](#) auf dem Blog Markt-Ruf der Stiftung Marktwirtschaft.

Kernaussagen:

Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Einführung eines European Unemployment Stabilization Fund sieht vor, ein System von grenzüberschreitenden Finanztransfers zu etablieren, das an der Arbeitsmarktentwicklung der EU-Mitgliedstaaten anknüpft und makroökonomische Schocks abfedern soll.

Die damit verbundene Hoffnung nach erhöhter makroökonomischer Stabilität hält einer kritischen Überprüfung der Argumente jedoch nicht stand. Vielmehr werden Fehlanreize gesetzt, die langfristig ein Abwälzen heimischer Risiken auf die anderen Mitgliedstaaten begünstigen. Die Diskussion um zusätzliche europäische Stabilisierungsinstrumente übersieht zudem, dass selbst abrupt auftretende wirtschaftliche Schiefagen zumeist aus strukturellen Fehlentwicklungen resultieren, die durch finanzielle Finanztransfers nicht gelöst werden.

Eine ökonomisch sinnvolle und eine an glaubwürdige Regeleinhaltung gebundene Ausgestaltung einer europäischen Arbeitslosenversicherung ist de facto kaum möglich.

# Digitalisierung und Beschäftigung



Argumente  
zu Marktwirtschaft  
und Politik

Nr. 140 | April 2018



Fulko Lenz

[Zum Download der Studie Bild anklicken](#)

Die Debatte um mögliche Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt ist geprägt von Studienergebnissen, die massive Automatisierungspotenziale ermitteln. Mitunter wird prognostiziert, dass infolge der gestiegenen technologischen Möglichkeiten schon bald fast die Hälfte aller Arbeitsplätze verschwunden sein könnten.

In der Veröffentlichung „Digitalisierung und Beschäftigung – Ein Ende ohne Arbeit oder Arbeit ohne Ende?“ setzt sich der Autor [Fulko Lenz](#) kritisch mit

der Methodik derartiger Studien auseinander und zeigt, dass das einfache Bild der arbeitsplatzvernichtenden Digitalisierung fehl am Platze ist. Statt bloß von technologischen Potenzialen auf Beschäftigungseffekte zu schließen, bedarf es einer Betrachtung, die auch die zahlreichen, gegenläufigen Effekte und Einflussfaktoren berücksichtigt.

Dass technologischer Wandel ebenso zu mehr Arbeit führen kann, verdeutlicht zudem ein wirtschaftshistorischer Rückblick. So wurden auch zurückliegende Innovationsschübe immer von Befürchtungen begleitet, den Menschen gehe die Arbeit aus. Dennoch erwiesen sich solche Ängste letztlich als unbegründet, da neue Beschäftigungsformen entstanden und sich im Zusammenspiel von Technologie und menschlicher Arbeit oftmals mehr Beschäftigung ergab. Vor allem aber war der technologische Fortschritt entscheidender Treiber des massiv steigenden Lebensstandards. Dies gilt es sich auch in der gegenwärtigen, von Verlustängsten bestimmten Debatte um technologiegetriebene Veränderungen am Arbeitsmarkt vor Augen zu halten.

[Download der Studie \(Argument Nr. 141\)](#)

---

## Inclusive Growth – bringt Wachstum Wohlstand für alle?





Zum direkten Download des Tagungs-berichts bitte auf das Bild klicken

60 Jahre nach der Veröffentlichung von Ludwig Erhards Buch „Wohlstand für alle“ hat die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit der Allianz SE die Gültigkeit dieses wirtschaftlichen Grundversprechens der Sozialen Marktwirtschaft genauer unter die Lupe genommen. Denn obwohl

Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten – in der Gesamtschau – wirtschaftlich sehr erfolgreich war, gut ausgebaute soziale Sicherungssysteme aufweist und auch die Finanz- und Wirtschaftskrisen der zurückliegenden Jahre besser als andere Länder bewältigt hat, kommt man kaum umhin, in Teilen der Bevölkerung, aber auch der Politik, gewisse Entfremdungstendenzen vom bestehenden Wirtschaftssystem zu diagnostizieren: Dort dominieren Befürchtungen, dass untere und mittlere Einkommensschichten ökonomisch zunehmend abgehängt würden und die Ungleichheit zunehme. Globalisierung und Digitalisierung würden den Trend, dass nur noch die ohnehin bereits Wohlhabenden vom Wachstum profitierten, auch in Zukunft weiter verstärken, so eine häufig geäußerte Argumentation. Auf politischer Ebene werden aus diesen Befunden u.a. Forderungen nach mehr Umverteilung und höheren Steuern, einer noch strengeren Regulierung des Arbeitsmarktes, aber auch nach mehr Bildung und höheren staatlichen Investitionen abgeleitet. Darüber hinaus mögen Abstiegs- und Verlustängste auch ein Erklärungsansatz für das Anwachsen populistischer politischer Strömungen sein. Vor diesem Hintergrund diskutierten renommierte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und weitere renommierte Politiker und Experten am 14. Februar in Berlin über die Frage „Inclusive Growth – bringt Wachstum Wohlstand für alle?“.

**Weitere Informationen zur Veranstaltung**

---

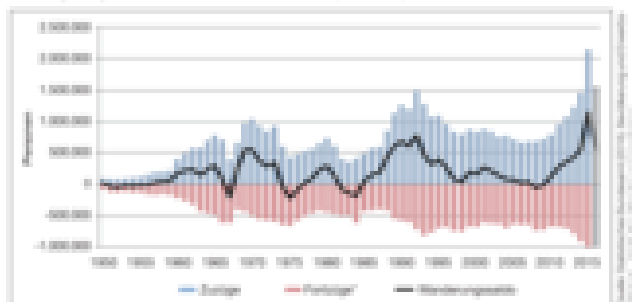
## Bleibeberechtigte Flüchtlinge möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integrieren

# Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung

## 1. Fluchtimmigration nach Deutschland – Herausforderungen bleiben bestehen

Im Vergleich zum Herbst 2015 hat sich die Flüchtlingssituation in Deutschland entspannt – erreicht bezüglich der Zahl von schutzsuchenden Neuzuwanderungen ein nach der Umsetzung grundlegender Standards bei der Erfassung und Registrierung der Flüchtlinge. In den ersten elf Monaten des Jahres 2016 sind knapp 805.000 Asylsuchende im BAMF-System (Einreichung der Asylanträge) neu erfasst worden – im Vergleich zu 1,1 Mio. im Gesamtjahr 2015. Auch der Wert für 2016 stellt allerdings noch eine ungewöhnlich hohe Zahl dar. Abbildung 1 zeigt die langfristige Entwicklung der Zu- und Abwanderung nach Deutschland insgesamt.

Abbildung 1: Migration nach Deutschland im Zeitverlauf (1990–2016)



Die 1990 herein dargestellten Werte für 2016 waren aufgrund der Höhe der Zu- und Fortzüge des Jahres 2015 unter Berücksichtigung der gesamten Flüchtlingszahlen im Jahr 2016. \*Fortzüge sind im negativen Wert angegeben.

Die Rückgang an Flüchtlingen gegenüber 2015 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die eigentlichen Herausforderungen weiter vor uns liegen. Zum einen beruht der enorme Anstieg kaum größerer gesellschaftlicher Erschütterungen auffallen, zumal in den Herkunftsländern keine nennenswerten Verbesserungen bei der Flüchtlingskrise festzustellen sind. Zum anderen müssen die nach Deutschland gekommenen und kommenden Flüchtlinge, die ohne ausreichenden Schutzstatus erhalten, möglichst schnell in unsere Gesellschaft und insbesondere in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Es besteht auf eine sichere Fluchtroute in die jeweiligen Herkunftsländer sind – individuell betrachtet – auf absehbare Zeit jedenfalls gering. Es liegt daher auch in unserem eigenen Interesse, wenn sie stoppt/befähigt werden, abzuwandern.

Ungesteuerte Zuwanderung führt nicht zu einer fiskalischen Rendite, sondern belastet die öffentlichen Haushalte. Das zeigen Kostenabschätzungen der Stiftung Marktwirtschaft auf Basis der Generationenbilanz. Danach ist dauerhaft mit jährlichen Mehrkosten für den Staat in Höhe von rund 6,3 Milliarden Euro pro eine Million Flüchtlinge zu rechnen. Gleichzeitig gilt, dass sich Humanität und verfassungsrechtliche Grundprinzipien nicht nach Kassenlage bemessen. Umso wichtiger sind zügige Asylverfahren sowie eine möglichst schnelle Integration bleibeberechtigter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt, um die langfristigen Kosten für Steuer- und Beitragszahler zu begrenzen.

## Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung (Kurzinformation)

## Migration, Konfusion, Integration?

Zuwanderungspolitik zwischen  
humanitärer Verpflichtung und  
ökonomischer Vernunft

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft  
am 12. April 2018 in Berlin



Migration,  
Konfusion,  
Integration?

# Zuwanderungspolitik zwischen humanitärer Verpflichtung und ökonomischer Vernunft

Wie können die Migrationsströme nach Deutschland besser gesteuert und stärker an den Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden, ohne dass wir unsere humanitären Verpflichtungen und Ziele aus den Augen verlieren? Und wie kann die Integration derjenigen gelingen, die begründet bei uns Schutz suchen? Über diese Fragen haben auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft am 12. April 2016 in Berlin Peter Altmaier MdB, Dr. h.c. Frank-J. Weise und weitere renommierte Experten aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung diskutiert.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung](#)

[Tagungsbericht](#)

---

## Mehr Arbeit wagen



MEHR ARBEIT WAGEN



Zum Download der Studie Bild anklicken

Das Ringen um den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland wird seit einiger Zeit vor allem durch verteilungspolitische Diskussionen geprägt. Wenig Beachtung finden hingegen Überlegungen, dass ökonomischer Wohlstand erst einmal erwirtschaftet werden muss. Damit Letzteres gelingt, kommt es u.a. darauf an, bestehende Arbeitspotentiale auszuschöpfen. Blickt man auf die Entwicklung des in geleisteten Arbeitsstunden gemessenen Arbeitsvolumens, relativieren sich die guten Nachrichten der letzten Jahre vom deutschen Arbeitsmarkt. Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen seit Jahrzehnten fast ungebrochen steigt, ist das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen langfristig gesunken – vor allem weil die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen einen stetigen Trend nach unten aufweist. Ungenutzte Arbeitspotentiale führen dazu, dass unsere Gesellschaft auf möglichen Wohlstand und mögliches Wirtschaftswachstum verzichtet. Angesichts der voranschreitenden Bevölkerungsalterung und dem damit einhergehenden Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen, wird es immer wichtiger, dem entgegenzuwirken.

Die Publikation „Mehr Arbeit wagen“ von [Guido Raddatz](#), erschienen als Heft

Nr. 129 in der Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, benennt dazu zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsfelder und skizziert Reformschritte, mit denen der Arbeitsmarkt gestärkt, das Beschäftigungsvolumen stabilisiert und Wachstums- und Wohlstandspotentiale besser genutzt werden könnten.

**[Download der Studie "Mehr Arbeit wagen" \(Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 129\)](#)**

---

## Zukunftsweisende Bildungsfinanzierung und Föderalismus - Widerspruch in sich oder Gestaltungschance?



Wirtschaftlicher Wohlstand und Wachstum, aber auch gesellschaftliche Teilhabe und eine chancengerechte Gesellschaft sind ohne ein gut funktionierendes Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen offen steht, kaum vorstellbar. In diesem Sinne sind Investitionen in Bildung eine wichtige Voraussetzung für eine ökonomisch erfolgreiche und gerechte Zukunft. Nicht zuletzt verdeutlichen auch der sich in unserer alternden Gesellschaft abzeichnende Fachkräftemangel sowie der globalisierungsbedingte Wettbewerbsdruck die Notwendigkeit, die vorhandenen Bildungspotentiale auszuschöpfen.

Zwar sind diese Aussagen hinsichtlich der Bedeutung des Bildungssystems weitestgehend unstrittig, gleichwohl treten immer wieder Konflikte zu Tage bei der Frage, wer die finanziellen Lasten von Bildungsinvestitionen tragen sollte: die privaten Nutznießer von Bildung, denen auch ein Großteil der späteren Vorteile zukommen, oder der Staat? Und soll – zumindest partiell – Letzterer finanziell verantwortlich sein, so schließt sich in einem Föderalstaat wie der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar die Frage nach der zuständigen staatlichen Ebene an. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die

Stiftung Marktwirtschaft am 20. Mai 2014 in Berlin die prominent und fachkundig besetzte Tagung „Zukunftsweisende Bildungsfinanzierung und Föderalismus – Widerspruch in sich oder Gestaltungschance?“.

### Weitere Informationen zur Veranstaltung

# Bildungsfinanzierung neu gestalten - Studie des Kronberger Kreises



In Deutschland sind die privaten Bildungsausgaben anders zusammengesetzt als in vergleichbaren Industrieländern. Der private Finanzierungsanteil an den gesamten Bildungsausgaben ist hierzulande für die vorschulische Bildung deutlich höher als für die Schul-, Betriebs- und Hochschulbildung. Im internationalen Vergleich zeigt sich: Diese Aufteilung ist nicht geeignet, Chancengerechtigkeit herzustellen, und bedarf daher

einer gründlichen Überarbeitung.

Der [Kronberger Kreis](#) fordert den Staat auf, sich an der Finanzierung der vorschulischen Bildung stärker zu beteiligen, so dass einkommensschwache Familien keine Kindergartengebühren zahlen müssen. Das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung könnte verpflichtend sein. Im Hochschulbereich plädiert der Kronberger Kreis hingegen für die Wiedereinführung von Studiengebühren. In dieser Studie finden sich darüber hinaus konkrete Vorschläge zur Stärkung des Wettbewerbs zwischen öffentlichen und privaten Schulen sowie zur Ausgestaltung der steuerlichen Förderung von Bildungsinvestitionen.

**Bildungsfinanzierung neu gestalten (Studie des Kronberger Kreises, Nr. 56)**

---

Chancengerechtigkeit,  
Bildung und Soziale  
Marktwirtschaft



Eines der zentralen Grundversprechen der Sozialen Marktwirtschaft lautet, dass sie allen Menschen gleichermaßen die Chance auf ökonomischen Erfolg gibt. Nicht soziale Herkunft oder staatlicher Dirigismus sollen über die wirtschaftlichen Ergebnisse entscheiden, sondern die eigenen Fähigkeiten und Leistungen in einem fairen Wettbewerbsprozess. Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle, kann sie doch als Eintrittskarte in ein erfolgreiches Erwerbs- und Berufsleben angesehen werden. Das zeigt sich beispielsweise sowohl an qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten als auch an den mit einem besseren Bildungsniveau im Durchschnitt einhergehenden "Lohnprämien". Darüber hinaus befördert ein gutes Bildungssystem die Innovations- und Wachstumskräfte einer Volkswirtschaft und ist mithin ein wichtiger Wohlstandstreiber.

Die Studie "Chancengerechtigkeit, Bildung und Soziale Marktwirtschaft" analysiert die Bedeutung von „guter Bildung“ für Wohlstand sowie gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstieg in der Sozialen Marktwirtschaft. Darüber hinaus geht der Autor [Guido Raddatz](#) der Frage nach, inwieweit es dem deutschen Bildungssystem gelingt, alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer jeweiligen Begabungen und Potentiale und

unabhängig von ihrer sozialen Herkunft auf das spätere Erwerbsleben vorzubereiten. Die Studie schließt mit ausgewählten Reformvorschlägen, um das Bildungssystem nicht nur effizienter, sondern auch chancengerechter zu machen.

**Download der Studie "Chancengerechtigkeit, Bildung und Soziale Marktwirtschaft" (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 118)**

---

## Aufstieg durch Arbeit? Soziale Durchlässigkeit - Eigenverantwortung - Sozialstaat



Zum direkten Download des Berichts bitte auf das Bild klicken

Das Thema Chancengerechtigkeit und Soziale Marktwirtschaft stand auch im Mittelpunkt unserer Veranstaltung "Aufstieg durch Arbeit? Soziale Durchlässigkeit - Eigenverantwortung - Sozialstaat" am 17.10.2012. Ausgangspunkt war die Frage, was getan werden muss, damit ökonomischer Erfolg und gesellschaftlicher Aufstieg auch in Zukunft ein realistisches Szenario für Menschen aus allen sozialen Schichten bleibt.

[Weitere Informationen zur Veranstaltung](#)

---

## Positionspapier Mindestlohn

Die Stiftung Marktwirtschaft lehnt die Einführung flächendeckender Mindestlöhne in Deutschland rigoros ab. Lesen Sie hier, weshalb wir einen Mindestlohn nicht nur beschäftigungsschädlich, sondern auch als sozialpolitisch untauglich halten: [Download](#)

---

---

## Beiträge und Meldungen zum Thema:

Kronberger Kreis-Studien  
**Weckruf für die  
deutsche  
Wirtschaftspolitik**

Die anhaltend gute konjunkturelle Lage in Deutschland scheint die Politik in trügerischer... [Weiterlesen](#)



# Tagungen Inclusive Growth – bringt Wachstum Wohlstand für alle?

Wie erreichen wir „Wohlstand für alle“  
in Zeiten von Globalisierung und  
Digitalisierung? Ist die... [Weiterlesen](#)

---



# Weitere Publikationen zum Thema

## Positionspapiere



## 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Im Juni 2018 jährt sich die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zum siebzigsten Mal. Währungsreform und Preisfreigabe setzten im Juni 1948 den Startpunkt für ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das die Prinzipien des... [Weiterlesen](#)

Kronberger Kreis-Studien

## Argumente zu Marktwirtschaft und Politik



## Digitalisierung und Beschäftigung

Die Debatte um mögliche Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt ist geprägt von Studienergebnissen, die massive Automatisierungspotenziale ermitteln. Mitunter wird prognostiziert, dass infolge der gestiegenen technologischen... [Weiterlesen](#)



## Arbeitslosigkeit - Woher sie kommt und wie man sie beheben kann (vergriffen)

[Weiterlesen](#)



# Vergangene Veranstaltungen zum Thema

























